

DIPLOMATIC COUNCIL ANALYSE

Post Corona: Politik

Überlegungen zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf die Politik

Leitfaden für selbstständiges Denken und Handeln

Die vorliegende Ausarbeitung ist Teil einer umfassenden Reihe mit dem Titel „Post Corona“, die Überlegungen zu den Auswirkungen der Pandemie auf die Zeit nach Corona umfasst. Dabei wird die gesamte Dekade der 2020er Jahre bis 2030 und teilweise sogar darüber hinaus in Augenschein genommen. Alle Aussagen sind sorgfältig recherchiert und dokumentiert. Dennoch ist die Reihe nicht etwa als „finale Dokumentation“ konzipiert, sondern als Diskussionsstoff, als Anregungen für eigene Gedanken, als Leitfaden für selbstständiges Denken und Handeln.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieses Analysebulletins darf ohne schriftliche Genehmigung des Diplomatic Council in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden. Die Wiedergabe von Warenbezeichnungen, Handelsnamen oder sonstigen Kennzeichen in diesem Analysepapier berechtigt nicht zu der Annahme, dass diese von jedermann frei benutzt werden dürfen. Vielmehr kann es sich auch dann um eingetragene Warenzeichen oder sonstige gesetzlich geschützte Kennzeichen handeln, wenn sie nicht eigens als solche markiert sind. Sämtliche Inhalte in diesem Bulletin müssen nicht automatisch der Meinung und Ansicht des Diplomatic Council oder seiner Mitglieder entsprechen. Vielmehr geht es darum, unterschiedliche Blickwinkel einzunehmen, konträre Ansichten zu Wort kommen zu lassen und ein Meinungsspektrum widerzuspiegeln. Das bedeutet allerdings nicht, Falschdarstellungen Raum einzuräumen. Fakten lassen sich in vielfältiger Weise interpretieren, aber „alternative Fakten“ sind gar keine Fakten.

Alle Analysebulletins des Diplomatic Council werden sorgfältig erarbeitet. Dennoch übernimmt das Diplomatic Council in keinem Fall einschließlich der vorliegenden Analyse für die Richtigkeit von Angaben, Hinweisen und Ratschlägen sowie für eventuelle Druckfehler irgendeine Haftung.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	4
Prolog	6
Pandemie	9
Politik	
Gefahr und Risiko	11
Politische Führung im weltweiten Wettbewerb	11
Angemessen oder übertrieben?	14
Deutschlands Defizite	16
Notstand	16
Parlament in der Krise handlungsfähig	17
Wahlcomputer - der große Betrug	18
Wissenschaftler als Berater der Regierung	20
Fazit	22
Ausblick	23

VORWORT

Analysereihe „Post Corona – Die Welt nach der Krise“

Das Jahr 2020 steht für die erste und bislang größte globale Katastrophe der Menschheit im 21. Jahrhundert. Nie zuvor fühlten sich Milliarden von Menschen gleichzeitig dem Tod so nahe wie in diesem Jahr. Die Coronavirus-Pandemie ist eine Zäsur.

Binnen weniger Monate rast ein Virus rund um den Globus und löst die erste *weltweite* Massenhysterie in der Geschichte der Menschheit aus. Das hat einen einfachen Grund: Die Menschen fühlen sich hilflos einer todbringenden Krankheit ausgesetzt, gegen die es bis heute keine Impfung und keine Medikamente gibt. Es ist diese Hilflosigkeit, die weit über die rationale Abwägung der Ansteckungsgefahr und der Wahrscheinlichkeit, tatsächlich daran zu sterben, die Welt in Schockstarre versetzt.

In atemberaubender Geschwindigkeit wandeln sich Demokratien zu Herrschaftsstaaten, in denen die Regierungen den Bürgern so schnell so viele Freiheitsrechte wegnehmen, dass das Wort von der „Corona-Diktatur“ die Runde macht. Grundrechte wie etwa die Versammlungsfreiheit oder das Recht, sich mit Personen seiner Wahl zu treffen, werden über Nacht abgeschafft. Das öffentliche Leben kommt teilweise zum Stillstand. Geschäfte, Schulen, Gaststätten, Hotels und sogar öffentliche Plätze werden von heute auf morgen geschlossen. Noch nie sind so viele Volkswirtschaften in so vielen Ländern gleichzeitig so schnell auf den Abgrund zugerast – trotz staatlicher Unterstützungsprogramme noch nie dagewesenen Ausmaßes.

Wenn die Coronavirus-Krise hinter uns liegen wird, haben wir Abertausende von Mitmenschen verloren, aber wir – die Menschheit – wird wie Phoenix aus der Asche aus der Krise aufsteigen und weiterleben.

Indes wird die Welt nach Corona eine andere sein als vorher. Es ist ein Irrglaube zu meinen, dass die Überlebenden der Pandemie danach einfach so weitermachen können wie zuvor. Die Katastrophe wird uns, die wir zum ersten Mal eine derart existenzbedrohende Krise erleben, verändern.

Und sie wird unsere Gesellschaft, unsere Politik, unsere Wirtschaft und unsere Sichtweise auf unser Gesundheitswesen nachhaltig verändert. 2020 werden binnen eines Jahres so viele Weichen für unsere Zukunft gestellt wie zuvor über Jahrzehnte nicht. Die damit festgelegte Richtung und die Bewältigung der Folgen werden eine ganze Generation, nennen wir sie die 2020er Generation, für mindestens eine Dekade beschäftigen.

In der Analysereihe „Post Corona – Die Welt nach der Krise“ werden diese mutmaßlichen Veränderungen aufgezeigt und eine Skizze der neuen Welt bis ins Jahr 2030 entworfen. Dabei schweift der Blick weit über Deutschland hinaus auf die geopolitische Weltlage. An vielen Stellen werden Entwicklungen in anderen Ländern dargestellt, von denen anzunehmen ist, dass sie über kurz oder lang auch Deutschland maßgeblich beeinflussen werden.

Bei einigen Trends wird man zu Recht sagen, dass sie längst im Gange waren, etwa der Rückgang des Bargelds oder die Online-Kommunikation. Das ist richtig, aber die Pandemie hat diese und einige weitere Entwicklungen massiv beschleunigt. Auf anderen Gebieten, etwa im Automobilsektor, dürfte die Krise zuvor begonnene Entwicklungen hingegen möglicherweise eher etwas entschleunigen. In allen Fällen stützen sich die Schlussfolgerungen auf sorgfältige Recherchen in umfangreichem Quellenmaterial.

Bei *einer* Folge der Katastrophe können wir alle hingegen nur nach dem „Prinzip Hoffnung“ verfahren: Lehrt uns die einschneidende Erfahrung des Jahres 2020 Demut? Hoffentlich! Hoffentlich gelingt es uns nach dem Erlebten uns mehr als je zuvor am Leben zu erfreuen, an den kleinen Freuden des Alltags, statt nach immer mehr zu streben. Hoffentlich wissen wir unsere Gesundheit höher zu schätzen anstatt sie im beruflichen und privaten Stress zu ruinieren. Hoffentlich gehen wir mit unserer Familie, unseren Freunden, unseren Kollegen und letztlich mit allen unseren Mitmenschen nach der Krise liebevoller um.

Um es mit dem Philosophen Friedrich Nietzsche zu sagen: Die Hoffnung ist der Regenbogen über dem herabstürzenden Bach des Lebens.

PROLOG

Nie zuvor war eine Katastrophe so schnell über die ganze Welt hereingebrochen wie im Jahr 2020. Ein tödliches Virus hat die gesamte Menschheit überfallen. Es gibt keine vergleichbare Katastrophe in der Geschichte, die so schnell herangezogen kam und die Welt in Atem hielt – oder genauer gesagt, der Welt den Atem nimmt.

Denn das Virus greift vor allem die Lunge an. Selbst der Teil der Menschheit, die sich in modernen Industrienationen sicher glaubte, muss schockiert erleben, dass das Elend nicht wie gewohnt „irgendwo in Asien oder Afrika“ grassiert, sondern mitten in Metropolen wie Mailand, London, Paris, München oder New York. Nie zuvor waren alle Kontinente, arme wie reiche Länder, Großstädte wie entlegene Gebiete, mehr als 7 Milliarden Menschen gleichzeitig betroffen. Ebenso einzigartig wie die gesundheitliche Katastrophe ist die Geschwindigkeit, mit der die Wirtschaft zum Stillstand kam. 180 Länder rund um den Globus, die noch wenige Wochen zuvor mit Wachstum und Wohlstand rechneten, stürzten mit einem Schlag in eine tiefe Rezession. Unzählige Firmenpleiten waren die Folge; viele werden noch kommen. Abermillionen von Menschen rund um den Erdball sind dabei, ihre Existenzgrundlage zu verlieren.

Das Jahr 2020 markiert auch zum ersten Mal einen einzigartigen Stopp für das gesellschaftliche Leben überall auf der Welt. Ausgangssperren, die zuvor selbst in Diktaturen zum Ausnahmezustand gehörten, sind auf einmal selbst in lupenreinen Demokratien der Regelfall. Städte, Regionen, ganze Länder werden regelrecht eingesperrt. Shutdown und Lockdown, der weitgehende Stillstand des öffentlichen Lebens, führt indes bislang nur vereinzelt zu Widerständen; der Großteil der Bevölkerung nicht nur in Deutschland akzeptiert die Einschränkungen weitgehend. Wohl nie zuvor war die Staatsmacht in modernen Industrieländern stärker gegenüber der Bevölkerung als in unserer Zeit. Aber zugleich auch noch nie so hilflos.

In der Pandemie übernimmt die Wissenschaft das Ruder des Regierens. Die Expertenmeinungen von Ärzten und Virologen bestimmen weitgehend das Handeln der Regierenden rund um den Erdball.

Doch die Uneinigkeit der Wissenschaftler in vielen Fragen erweist sich als beinahe ebenso breit gefächert, wie man es zuvor nur aus dem Politikalltag kannte. Sind

nur Ältere gefährdet, nur Menschen mit Vorerkrankungen, oder auch Gesunde und Kinder? Wie sinnvoll ist das Tragen von Mund-Nase-Schutzmasken?

Sollen Patienten mit schwerem Krankheitsverlauf an Beatmungsmaschinen angeschlossen werden, oder ist es ausgerechnet die Intensivbeatmung, die zum Tode führt? Wie immun ist man gegen eine Neuinfektion, wenn man Covid19 überstanden hat? Was richtet das Virus im Körper genau an? Und wie lassen sich weitere Infektionswellen verhindern?

Außer dem Grundsatz „Abstand halten hilft“ gibt es nach wie vor vergleichsweise wenig gesichertes Wissen. Dementsprechend sind Agieren und Regieren von einem Maß an Hilflosigkeit geprägt, das manch einen daran zweifeln lässt, ob die Menschheit tatsächlich auf alle Probleme eine Antwort weiß, wie uns die moderne Wissenschaft gerne glauben machen möchte.

Die Coronavirus-Pandemie markiert die erste Menschheitskrise des 21. Jahrhunderts. Ihre Auswirkungen werden das gesamte Jahrzehnt bestimmen, möglicherweise sogar die ganze erste Hälfte des Jahrhunderts. Denn sie hat die Tücken der Globalisierung, der weltweiten Vernetzung und damit der Abhängigkeiten rund um den Erdball wie nie zuvor verdeutlicht.

Eines ist die Pandemie indes bisher nicht: Ein Zeichen des Zusammenhalts der Völker dieser Welt geeint im Kampf gegen einen unsichtbaren Feind. Ganz im Gegenteil treten die Nationalstaaten in der Krise so deutlich hervor wie schon lange nicht mehr. Schutz der Bevölkerung, Rettung der Wirtschaft, gesellschaftliche Regeln – auf einmal ist die Globalisierung wie weggeblasen.

Jede Regierung besinnt sich auf die Grenzen des eigenen Landes, viele Grenzen sind geschlossen, als ob sich das Virus von Schlagbäumen aufhalten lassen würde. Die Bedeutung multilateraler Organisationen wie der zu den Vereinten Nationen gehörenden Weltgesundheitsorganisation ist binnen weniger Wochen ebenso ins Bodenlose gefallen wie die Aktienkurse. Die Börsen haben sich allerdings beinahe ebenso schnell wieder erholt, wie lange, bleibt abzuwarten.

Bei den multilateralen Organisationen wird die Erholungsphase viel länger dauern und der Zweifel bleibt, ob der schon lange vor 2020 angekratzte Multilateralismus überhaupt wiederkommt.

Alle Bemühungen während der Pandemie sind darauf ausgerichtet, so rasch wie möglich in die Prä-Corona-Zeit zurückzukehren. Motto „Wir werden die Krise überstehen und danach so weitermachen wie zuvor“. Andere sprechen schon während der Pandemie von einer historischen Zäsur, dem Beginn einer neuen Epoche. Spätere Zeitgenossen haben zu entscheiden, ob das Jahr 2020 als die größte gesundheitliche, die größte wirtschaftliche oder die größte menschliche Katastrophe in die Geschichtsbücher eingehen wird. Und: Es ist bislang nicht ausgemacht, ob es beim Jahr 2020 bleibt, oder ob wir nicht künftig von der Pandemie 2020/21 oder gar 2020-2022 reden müssen. Der gewaltsame Tod des Afroamerikaners George Floyd durch einen Polizeieinsatz am 25. Mai 2020 in Minneapolis hat Massenproteste nicht nur in den USA, sondern beispielsweise auch in Frankreich ausgelöst. So sehr diese Protestwelle gegen Polizeigewalt und Rassismus von Menschlichkeit zeugt, so sehr steht sie den Abstandsmaßnahmen zur Eindämmung der Virusausbreitung entgegen.

PANDEMIE

Das Wort *Pandemie* geht zurück auf das altgriechische Substantiv *πανδημία* *pandēmía*, auf deutsch „das ganze Volk“. Heute bezeichnet es eine ansteckende tödliche Krankheit, die die gesamte Weltbevölkerung bedroht.

Die Pest, die in mehreren Wellen auftrat, war eine der verheerendsten Pandemien der Weltgeschichte. Allein die stärkste Welle, der Schwarze Tod, forderte zwischen 1346 und 1353 geschätzte 25 Millionen Tote, rund ein Drittel der damaligen Weltbevölkerung. Zeitlich deutlich näher lag die Spanische Grippe, die zwischen 1918 – gegen Ende des Ersten Weltkriegs – und 1920 bei einer Weltbevölkerung von etwa 1,8 Milliarden Schätzungen zufolge bis zu 50 Millionen, Vermutungen reichen sogar bis zu 100 Millionen, Menschen, das Leben kostete.¹ An der Spanischen Grippe starben also mehr Menschen als im Ersten Weltkrieg (20 Millionen Tote).²

Die Pest und vor allem die Grippe müssen zwar in der Pandemie 2020 häufig als Vergleich herhalten, doch sie liegen so weit zurück, dass sie eher als historische Ereignisse denn als Maßstab des Handelns in den 2020er Jahren zu Rate gezogen werden. Dabei ist die Pest bis heute nicht vollständig ausgerottet. Von 1978 bis 1992 zählte die Weltgesundheitsorganisation WHO 1.451 Todesfälle in 21 Ländern. Seitdem sind Pesttote in Indien (1994), Algerien (2003), Kongo (2005/2006), Uganda (2008), Tibet (2009), Madagaskar (seit 2010 bis heute), China (2014), USA (2018) und der Mongolei (2019) zu beklagen.³

Zudem sind in den letzten Jahrzehnten neue Epidemien mehr oder minder um die Welt gezogen: die Asiatische Grippe (weltweit, 1957/58) mit Hunderten Millionen Infizierten und mindestens 1 Million Toten, Aids (weltweit seit den 1980ern) mit 75 Millionen Infizierten und 32 Millionen Toten, Sars (29 Länder, 2002/03) mit 8.000 Infizierten und rund 770 Toten, die Schweinegrippe (H1N1; weltweit, 2009/10) mit mehr als 440.000 Infizierten und mindestens 5.700 Toten), die Vogelgrippe (H5N1; 17 Länder, 2004/05) mit 860 Infizierten und 455 Toten sowie das Ebolafieber (Westafrika, 2013/2016) mit 28.600 Infizierten und 11.300 Toten. Allein die Zahl der Säugetier- und Vogelviren, die zumindest theoretisch auf den Menschen überspringen können, wird auf 700.000 geschätzt, etwa 260 haben diesen Sprung geschafft.⁴

Das Fatale am 2019 erstmals erkannten neuen Coronavirus ist, dass es sich dabei um eine „alles zerstörende“ Infektion handelt. Das Virus kann beim Menschen weit über die Lunge hinaus Organe wie Niere und Leber sowie die Gefäße angreifen, im schlimmsten Fall sogar ins Rückenmark und ins zentrale Nervensystem vordringen. Teilweise sind Organversagen und Querschnittslähmung zu verzeichnen.⁵

POLITIK

Gefahr und Risiko

Die Coronavirus-Pandemie wird häufig mit der Pest im Mittelalter verglichen. Doch der Vergleich ist falsch. Die Pest wurde von der mittelalterlichen Gesellschaft wie eine hereinbrechende Naturkatastrophe als unbeeinflussbare Gefahr verstanden. Es ging im Wesentlichen darum, ihr einerseits zu entfliehen, ähnlich wie man vor einer Flutwelle davonrennt, und andererseits um den Umgang mit der Krankheit und dem Tod.

Anders unsere moderne Gesellschaft: Wir betrachteten das Coronavirus in erster Linie als Risiko und setzen dementsprechend auf staatliches Risikomanagement. Das ist 2020 nicht anders als schon bei der Finanzkrise 2008. Es gilt zu identifizieren, welche Risikofaktoren bestehen und wie sich diese am schnellsten und besten in den Griff bekommen lassen. Dabei übernimmt der Staat eine zentrale Rolle, seine Steuerungsmacht, die sich in neoliberalen Staaten sonst eher im Hintergrund hält, wird in der Krise überdeutlich, bis hin zur Zwangsquarantäne, einer Freiheitsberaubung, wie sie ansonsten nur verurteilten Verbrechern zuteil wird.

Es ist sicherlich gut, wenn der Staat bei einem neuartigen Risiko in einen Risikomanagementmodus schaltet und seine Staatsmacht ausübt. Dieses Vorgehen basiert auf der völlig richtigen Erkenntnis, dass jede Regierung zumindest das Ausmaß einer Katastrophe durch aktives Handeln zum Positiven beeinflussen kann. Genau dies ist die Aufgabe eines jeden Staates.

Politische Führung im weltweiten Wettbewerb

Die Ausgangsposition der Länder rund um den Globus ist naturgemäß unterschiedlich, doch die Herausforderung – Schutz der Bevölkerung vor dem unsichtbaren Angreifer – ist erstmals in der Geschichte der Menschheit weltweit einheitlich. Es ist ungefähr so, als ob alle Regierungen ein- und dasselbe Rätsel zu lösen hätten. In diesem weltweiten Wettbewerb zeigt sich 2020 überdeutlich: Es kommt entscheidend auf die politische Führung an; eine Erkenntnis, die über die Krise hinaus Bestand haben wird. Die politische Führerschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel war einer der weltweit am meisten beachteten und gelobten Züge ihrer Amtszeit.⁶

Während zahlreiche Länder wie Großbritannien oder die USA eine monatelange Phase des Leugnens durchmachten und dabei wertvolle Zeit verloren, stellte die deutsche Kanzlerin von Anfang an klar: Die Sache ist ernst. Wir müssen sie ernst nehmen. Und die Bevölkerung ist aufgerufen, das Virus ebenfalls sehr ernst zu nehmen. Wörtlich sagte sie in einer Fernsehansprache an die Nation am 18. März 2020: „Es ist ernst. Seit der Deutschen Einheit, nein, seit dem Zweiten Weltkrieg gab es keine Herausforderung an unser Land mehr, bei der es so sehr auf unser gemeinsames solidarisches Handeln ankommt“.⁷

Mit dieser klaren politischen Führung trägt die Bundesregierung maßgeblich dazu bei, die tödlichen Folgen der Pandemie deutlich niedriger zu halten gegenüber vergleichbaren Ländern wie Italien, Spanien oder Großbritannien. Ähnlich entschlossen und erfolgreich handelten bislang nur wenige Regierungschefs rund um den Erdball wie Jacinda Ardern (Neuseeland), Tsai Ing-wen (Taiwan), Katrín Jakobsdóttir (Island), Sanna Marin (Finnland), Erna Solberg (Norwegen) und Mette Frederiksen (Dänemark). Auffällig ist, dass es sich dabei durchweg um Frauen handelt. Sie erkannten, dass ihr Land in einer zuvor noch nie dagewesenen Situation war und griffen zügig zu ungewöhnlichen Maßnahmen.

So wandte sich Angela Merkel erstmals in ihrer Amtszeit in einer Fernsehansprache direkt an die Nation. Taiwans Tsai Ing-wen führte schon bei den ersten Anzeichen der Epidemie 124 vorbereitete Maßnahmen ein, um die Ausbreitung in ihrem Land zu verhindern. Jacinda Ardern versetzte Neuseeland in die Selbstisolation, als es gerade einmal sechs Infektionsfälle im Land gab. Island gewährleistete unter der Führung von Katrín Jakobsdóttir jedem Einwohner einen kostenfreien Corona-Test, also nicht nur Menschen mit Symptomen, sondern der gesamten Bevölkerung. Die dänische Premierministerin Mette Frederiksen hielt eine Pressekonferenz ausschließlich für Kinder ab – das hatte es nie zuvor weder in Dänemark noch in irgendeinem anderen Land der Welt gegeben. Ihre norwegische Amtskollegin Erna Solberg griff die Idee auf und wandte sich im Fernsehen direkt an die Kinder im Land. Die frühzeitige Fürsorge und für jedermann sichtbare Empathie der weiblichen Staatsführer rettete Leben in ihren Ländern.

Wieviel anders reagierte hingegen die männliche Führungselite dieser Welt? China leugnete wochenlang die Virus-Gefahr, der frisch gebackene britische Premier Boris Johnson besuchte Pubs, um Normalität zu demonstrieren ⁸,

Donald Trump veranstaltete eine politische „Corona-Show“, in der er sich einmal als Mann, der das Virus beherrscht, und ein andermal als Feldherr inszeniert, sich auf jeden Fall aber die „allumfassende Macht“ einräumt.⁹ Indiens Premier Narendra Modi verordnete 1,3 Milliarden Indern eine wochenlange Ausgangssperre mit den Worten „Das Haus zu verlassen wird vollständig verboten.“ Doch bei der Behauptung, dass die Kontaktsperre in anderen Staaten funktioniert habe, erwähnte Modi nicht, dass in den anderen Ländern gleichzeitig intensiv auf das Virus getestet wurde, um Infektionsketten aufzuspüren und zu unterbinden. Worüber er auch nicht sprach: Wie die indische Bevölkerung während des Lock-downs an Nahrungsmittel und Trinkwasser kommen sollte.¹⁰

Russlands Präsident Wladimir Putin schien zu Anfang der Pandemie geradezu vom Erdboden verschluckt zu sein. Soweit er sichtbar wurde, signalisierte er monatelang Normalität, als ob nichts wäre. Noch am 17. März 2020 setzte er eine Volksabstimmung für den 22. April an, die er allerdings nur eine Woche später abblasen musste, als ihn die Realität einholen. Doch selbst als die Pandemie nicht mehr zu leugnen war, stiftete Putin mehr Verwirrung als Aufklärung. Als er eine arbeitsfreie Woche bei vollem Gehalt ankündigte, begriffen die Menschen das nicht als Quarantäne, sondern als Ferien; viele trafen sich zum Grillen im Grünen.¹¹

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban nutzte die Pandemie in erster Linie dafür, seine eigene politische Macht durch ein Notstandsgesetz, das eine „erzwungene parlamentarische Pause“ vorsieht, über die Krise hinaus zu zementieren.¹²

Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu regierte per Notdekret ohne Kontrolle des Parlaments und handelte sich damit den Vorwurf ein, die „erste Coronavirus-Diktatur“ errichtet zu haben.¹³

Fazit: Männer an der Regierung haben eher planlos gehandelt und die Krise häufiger genutzt, um ihre eigene Macht zu erweitern, während weibliche Regierungschefs in erster Linie das Wohl des Landes und der Bevölkerung im Auge hatten. Diese Erfahrung sollten wir nach der Pandemie nicht vergessen.

Trotz weiblicher Führung stellte sich indes auch in Deutschland schon frühzeitig die Frage nach der Angemessenheit der von der Regierung ergriffenen Not- und Schutzmaßnahmen.

Angemessen oder übertrieben?

Bei der Frage, was angemessen und was übertrieben ist, um sich vor dem Virus zu schützen, gehen die Meinungen während der Pandemie weit auseinander. Muss man wirklich praktisch das gesamte gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben stoppen, um die Ausbreitung zu verhindern? Ist die weitgehende Beschränkung der Bürgerrechte angemessen? Gäbe es Alternativen?

Während Politik und Medien traditionell eher als Rivalen denn Freunde gelten, gibt es 2020 eine atemberaubende Verbrüderung in der Meinung, Menschenleben ist wichtiger als Wirtschaft. Im Namen der Lebensrettung werden beinahe alle zuvor geltenden Spielregeln für Wirtschaft und Gesellschaft auf einen Schlag außer Kraft gesetzt. Noch nie war ein Menschenleben so wertvoll, möchte man meinen. Schließlich verunglücken in Deutschland jedes Jahr rund 3.000 Menschen tödlich im Straßenverkehr, ohne dass jemals ernsthaft die Forderung erhoben wurde, den Verkehr stillzulegen.¹⁴ Weltweit sind weit über 1 Million Verkehrstote zu beklagen.¹⁵ Alle drei Sekunden stirbt ein Kleinkind in Afrika, alle vier Sekunden verhungert ein Mensch, alle acht Sekunden stirbt ein Kind wegen verunreinigten Wassers.¹⁶ Doch keines dieser Ereignisse hat die Welt zum Stillstand gebracht wie 2020.

Einer der Hauptgründe für den sogenannten Lockdown, den Stillstand, ist die Unsicherheit. Schnell war klar, dass Covid19 mehr als eine Grippe ist, sogar mehr als eine Lungenkrankheit. Zwar hat die Weltgesundheitsorganisation WHO offiziell Covid19 als „infektiöse Lungenkrankheit“ registriert. Doch das Virus überfällt den gesamten menschlichen Körper regelrecht und richtet überall Schaden an, bis ins Gehirn, wie man mittlerweile weiß. Die massive Virenvermehrung tief im Innern in den lebenswichtigen Lungenbläschen ist bei empfänglichen Menschen offensichtlich nur der erste Schritt in die gesundheitliche Katastrophe.

Jeder siebte bis neunte Fall – über alle Altersgruppen betrachtet – verläuft nach etwa einer Woche so schwer, dass die Infizierten in die Klinik müssen, bei jedem 20. Patienten nimmt die Lunge in kurzer Zeit so großflächig Schaden, dass die Kurzatmigkeit immer stärker wird und das für die Krankheit typische Atemnotsyndrom eintritt. Der Schwerpunkt der Virenvermehrung hat sich dann vom Nasen-Rachen-Raum tief in die Lungen verlagert – mit Todesfolge.

Klinikberichte aus aller Welt schüren die Angst. Personen im Alter von 30 bis 40 Jahren haben ohne vorangegangene Symptome der Coronavirus-Erkrankung und aus heiterem Himmel einen Schlaganfall erlitten. Es entstehen Blutgerinnsel ohne jede Vorwarnung sowie tödliche Thrombosen bei Personen ohne bekannte Vorerkrankungen. Als man das Gehirn eines Verstorbenen untersucht und mit einer feinen Nadel das Gerinnsel zu entfernen versucht, so berichtete ein Mediziner, habe er beobachten können, wie sich das Blut vor seinen Augen verklumpte. Eine Erklärung dafür gibt es nicht.¹⁷

Angesichts dieser unsicherer Lage sind die meisten Staaten in der Pandemie einen mehr oder minder rigorosen Kurs gefahren, und das hat einen klaren Grund: Der Mensch trifft seine Entscheidungen in einer durch Angst gekennzeichneten Situation nicht primär aus rationalen Gründen, sondern aus Besorgtheit. Und der Grad an Besorgtheit ist individuell sehr verschieden. Die einen rechnen vor, dass die Wahrscheinlichkeit am Coronavirus zu sterben für einen gesunden Menschen mittleren Alters weit unter 1 Prozent liegt, also vernachlässigbar, wollen sie damit suggerieren. Die anderen sind nahe an der Panik, weil sie das Bild eines hilflos Sterbenden vor sich haben, der im Krankenbett isoliert einen qualvollen Tod findet.

Die einen feiern Corona-Partys, die anderen gehen nicht mehr ohne Maske aus dem Haus. Die Politik muss beiden Blickwinkeln Rechnung tragen: der tatsächlichen Wahrscheinlichkeit und der Besorgtheit in der Bevölkerung. Ob man diese Balance als gelungen einstuft, hängt allein vom individuellen Besorgtheitsgrad des Betrachters ab. Deshalb wird auch bei der nächsten Krise das Urteil in der Bevölkerung über die Maßnahmen der Politik ein ähnlich weites Spektrum aufweisen wie 2020 – unser persönlicher Besorgtheitsgrad ist nun einmal sehr unterschiedlich.¹⁸

Fazit: Die Pandemie 2020 hat das staatliche Risikomanagement rund um den Globus auf eine harte Probe gestellt, härter als bei der Finanzkrise 2008. Das Ausmaß, in dem die Regierungen die Probe bislang bestehen, variiert von Land zu Land. Doch hoffentlich haben alle Länder dazugelernt, um bei der nächsten Krise noch schneller und besser das Risikomanagement zu übernehmen.

Deutschlands Defizite

„Seit Generationen haben sich die Menschen nicht mehr so verwundbar gefühlt“, bringt die Bundeswehr-Denkfabrik GIDS (German Institute for Defence and Strategic Studies) schon während der Pandemie die Lage der Nation auf den Punkt. Obgleich Deutschland mit günstigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in das Jahr 2020 gestartet war, deckt die Krise „das Fehlen substantieller, eigentlich gesetzlich vorgeschriebener Ressourcen auf der Ebene der Kommunen und der Länder sowie den Mangel an strategischen Reserven bei Personal, Material und Infrastruktur beim Bund auf“, beschreiben die Denker der Bundeswehr die Situation.

Engpässe bei lebenswichtigen Gütern wie Medikamenten und Schutzausrüstung zeigten, wie abhängig Deutschland von globalen Lieferketten sei „und dies schon bei Produkten, die für eine weltweit bewunderte Industrienation kein Thema sein sollten“. „Um strategische Autonomie zurückzugewinnen, muss in Zukunft mehr auf die Diversität der Zulieferer, auf Vorratshaltung und die Vermeidung von Redundanzen geachtet werden. Die Bewirtschaftung bestimmter Ressourcen, deren Bedeutung oft erst im Verlauf einer Krise deutlich wird, muss frühzeitiger erkannt und zentral gesteuert werden.“¹⁹ Die Erkenntnisse aus der Krise sind eindeutig. Jetzt kommt es „nur“ noch darauf an, sie danach alsbald umzusetzen.

Fazit: Zur Aufarbeitung der Krise, heißt es von der Bundeswehr-Denkfabrik, „gehört deshalb eine schonungslose Untersuchung der Frage, warum die Welt offensichtlich so blind in die Katastrophe gerutscht ist“. Möglicherweise etabliert sich nach der Krise eine Pandemiewirtschaft, die Deutschland besser für den nächsten Viren-Überfall vorbereitet. Produktionskapazitäten für Atemschutzmasken, Schutzkleidung und Beatmungsgeräte sollten auf jeden Fall dazu gehören, da es als wahrscheinlich gilt, dass die nächste Pandemie wiederum einen Angriff auf unser Lungensystem zum Kern hat.

Notstand

Eine der Fragestellungen in der Krise lautet: Haben wir in der Bundesrepublik Deutschland durch das Coronavirus einen Notstand und kommen damit die 1968 verabschiedeten Notstandsgesetze zum Zuge? Es wäre das erste Mal. Der Notstand ist dadurch definiert, dass er den Staat ernsthaft gefährdet.

In den Notstandsgesetzen ist von Kriegsgefahr, inneren Unruhen und Naturkatastrophen die Rede, nicht von einer Pandemie. Ob eine Übertragung auf die Pandemiesituation rechters wäre, ist eine Diskussion unter Juristen, die an dieser Stelle nicht geführt werden soll.

Denn ein Blick auf die wahre Lage zeigt: Die sogenannten Notstandsgesetze sind gar keine Gesetze, sondern bezeichnen lediglich eine Reihe von Änderungen im Grundgesetz, die 1968 vom Parlament gegen massive Proteste beschlossen worden waren. Sie stellen keinesfalls ein Pendant zum Ausnahmezustand dar, der in anderen Ländern existiert. Es ist keine Blankovollmacht für die Regierung. Vielmehr kann die Regierung entscheiden, dass Gesetze und Verordnungen in einem kleinen Gremium aus Teilen des Bundesrates und des Bundestages beschlossen werden können, dem Gemeinsamen Ausschuss.²⁰

Fazit: Das Parlament ist gut beraten, nach der Krise zu entscheiden, ob die Notstandsgesetzgebung möglicherweise auf den Fall einer Pandemie ausgeweitet werden sollte. Dann sollte dieser Fall im Grundgesetz eindeutig benannt werden, um diesbezüglichen Unsicherheiten im Krisenfall vorzubeugen.

Parlament in der Krise handlungsfähig

Eine der Befürchtungen im politischen Alltag dreht sich um die Handlungsfähigkeit von Parlamenten. Konkret lautet die Frage: Ist der Deutsche Bundestag auf Dauer beschlussfähig, wenn wegen Ansteckungsgefahr und Krankheit nur noch wenige Abgeordnete den Weg in den Plenarsaal finden. Zur Vorbeugung unterbreitete Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble den Vorschlag, in der Krise Plenarsitzungen virtuell zu organisieren oder ein Notparlament einzurichten, wie es für Kriegszeiten vorgesehen ist. Für beides wäre eine Grundgesetzänderung erforderlich. Doch der Vorschlag des Präsidenten fand bei den Parteien keinen Anklang. Tatsächlich agiert der Bundestag während der Pandemie bislang handlungsfähig.²¹

Fazit: Die Handlungsfähigkeit des Bundestags in der bislang größten Krise der Bundesrepublik Deutschland ist ein gutes Zeichen für eine funktionierende Demokratie über die Krise hinaus.

Das Coronavirus hat die Digitalisierung der politischen Arbeit in Deutschland einen guten Schritt weit vorangebracht. Videoschale statt Sitzungssaal, Chat statt Konferenz, Home Office statt Abgeordnetenbüro, Regieren aus der Ferne statt ständige Treffen, selbst Parteitage konnten nachweislich online abgehalten werden – einige der Erfahrungen gehen über die Krise hinaus in den politischen Alltag ein.²² Doch die Versprechungen der Digitalisierung im politischen Alltag werden von den Gefahren möglicherweise überlagert, wie zu bedenken ist, wenn man weit über das Jahr 2020 hinaus in die Zukunft blickt.

Wahlcomputer - der große Betrug

Angesichts des Vormarsches der Digitalisierung in immer mehr Lebensbereiche wurde schon vor dem Jahr 2020 immer wieder der Ruf nach einem digitalen Wahlverfahren aufgeworfen. Technik-Freaks sehen uns künftig nur noch virtuelle Knöpfe am Smartphone drücken statt sich altmodisch ins Wahllokal zu begeben, auf dem Stimmzettel aus Papier ein Kreuzchen zu machen und das gefaltete Paper in die Wahlurne zu stecken. Digitale Demokratie eben.

Hierzu ist es sinnvoll, einmal einen Blick in die Vereinigten Staaten zu werfen, weil dort bereits rund 350.000 Wahlcomputer im Einsatz sind. Die meisten davon stammen vom Anfang des Jahrtausends, als die zweitgrößte Demokratie der Welt für Milliarden von Dollars ihr Wahlsystem modernisierte. Die damalige Euphorie der Digitalisierung ist längst verflogen. Die mit aus heutiger Sicht mit völlig veralteten Betriebssystemen wie Windows 2000 ausgestatteten Wahlcomputer gelten schon lange als unsicher und angreifbar. Wahlsicherheit ist in den USA längst eines der großen politischen Themen geworden.

Spätestens seit der Präsidentschaftswahl 2016 ist die digitale Wahlmanipulation in die Köpfe des politischen Amerikas geraten. Vor der Wahl, die zum Sieg von US-Präsident Donald Trump führte, hatten Hacker, die US-Geheimdienste mit Russland in Verbindung bringen, in die Systeme von 21 Bundesstaaten einzudringen versucht. Da auch andere Wege der Wahlbeeinflussung etwa über Social Media nach Russland führen und dem US-Präsidenten bzw. seinem Wahlkampfteam illegale Beziehungen zu Russland vorgeworfen wurden, reihten sich die versuchten Manipulationen der Wahlcomputer in ein zuvor noch nie dagewesenes Angriffsszenario auf demokratische Wahlen in einem zivilisierten Land ein.

Eine Studie des Brennan Centers for Justice kam bereits im Jahr 2017 zu dem Schluss, dass die USA mindestens 1 Mrd Dollar aufwenden müssten, um ihre Wahlmaschinen auf den neuesten Stand zu bringen. Und natürlich wären auch diese Systeme nicht völlig sicher und nach wenigen Jahren ohnehin schon wieder veraltet.

Die Hacker-Konferenz Defcon, die schon im August 2018 im Caesars Palace in Las Vegas stattfand, hatte zum zweiten Mal ein „Voting Village“ eingerichtet, in dem die Anfälligkeit der Wahlmaschinen diskutiert und getestet wurde. Die Ergebnisse waren alarmierend. Die Hacker übertrafen sich gegenseitig mit gefälschten Stimmabgaben und skurrilen Animationen auf den Bildschirmen der Wahlcomputer. Eine Elfjährige hackte sich in eine nachgebaute Seite des Innenministeriums von Florida ein und veränderte scheinbar mühelos die veröffentlichten Wahlergebnisse. Der Politik ebenso wie den Herstellern der Wahlcomputer sollte die Unsicherheit der Systeme vor Augen geführt werden.

Wenn alles digital abläuft, brauchen wir kaum noch Papier. Genau diese Vision - in früheren Zeiten als „papierloses Büro“ bezeichnet – erhielt schon im US-Wahlkampf von 2016 wieder eine deutliche Gegenposition. Viele Wahl- und Sicherheitsforscher forderten Papierprotokolle aller Wahlvorgänge, um bei Überprüfungen nicht nur auf die digitalen Inhalte angewiesen zu sein.

In Demokratien, in denen der Zugang zur Macht von Wahlergebnissen abhängt, ist die Verführung, eben diese Wahlen zu manipulieren – oder je nach Blickwinkel sich vor Manipulationen zu schützen – immens. Dabei spielt auch die Angst vor der Einmischung fremder Staaten oder schlichtweg terroristischer Hackergruppen eine Rolle. Man muss sich klar machen: Die demokratische Legitimation einer Regierung hängt nicht nur davon ab, dass die Wahlen korrekt ablaufen, sondern auch davon, dass die Bevölkerung an die Korrektheit dieser Wahlen glaubt. Wenn sich in immer breiteren Teilen einer Demokratie die Meinung durchsetzt – ob sie stimmt oder nicht –, dass Wahlen manipuliert werden, ist es womöglich alsbald auch mit der Demokratie dahin.

Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass in Deutschland das Bundesverfassungsgericht schon im März 2009 in einer Grundsatzentscheidung die Verwendung von Wahlcomputern grundsätzlich für verfassungswidrig erklärt hat.

Allerdings, so räumten die Richter ein, sei der Einsatz unter engen Voraussetzungen mit dem Grundgesetz vereinbar. Wollen wir im Sinne unserer demokratischen Gesellschaft hoffen, dass sich die Bundesrepublik Deutschland auf diesem Gebiet noch sehr lange mit der Digitalisierung zurückhält.

Fazit: Solange man kein konkretes Datum angibt, lässt sich mit nahezu hundertprozentiger Wahrscheinlichkeit prognostizieren, dass irgendwann einmal in ferner Zukunft der papierne Stimmzettel auch hierzulande ausgedient haben wird. Das wird allerdings noch sehr lange dauern – und das ist gut so.

Wissenschaftler als Berater der Regierung

In der Pandemie hat man 2020 zeitweise den Eindruck, dass die Bundesrepublik Deutschland vor allem von Wissenschaftlern regiert wird. Die Erkenntnisse und Prognosen der Wissenschaft bilden teilweise die Grundlage für alle wesentlichen politischen Entscheidungen während der Krise. Die Zuständigkeit des Robert-Koch-Instituts (RKI) als deutsche Bundesoberbehörde für Infektionskrankheiten, direkt dem Bundesministerium für Gesundheit unterstellt, ist eindeutig im Gesetz über Nachfolgeeinrichtungen des Bundesgesundheitsamtes und im Infektionsschutzgesetz (IfSG) geregelt.²³ Das RKI fungiert dem entsprechend während der gesamten Krise sozusagen als Gesundheitsberatung der Bundesregierung. Dabei kann man rückblickend dem RKI den Vorwurf nicht ersparen, Anfang 2020 ganze 78 lange Tage hinweg nicht genügend getan zu haben.

Am 31. Dezember 2019 wurde nämlich nicht nur die Weltgesundheitsorganisation WHO von einer neuen unbekanntem Lungenentzündung in China informiert, sondern über das internationale Frühwarnsystem proMed auch das Robert-Koch-Institut in Berlin. Ab da begann im Grunde der Wettlauf gegen die Zeit, allerdings über weite Strecken hinweg nur im Schnecken tempo. So war bei einer Sitzung des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag am 29. Januar 2020, auf der das Thema Coronavirus als Tagesordnungspunkte 5b angesprochen wurde, von Seiten des RKI ausweislich des Tagungsprotokolls keine Rede von dem „Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz“ aus dem Jahr 2012. Dabei hätten sich dort alle Maßnahmen gefunden, die im Falle einer Pandemie zu tun sind, insbesondere Schulen schließen und Großveranstaltungen absagen.

Doch darüber wurde erst bei einer Sondersitzung des vom RKI beratenden Gesundheitsausschusses am 2. März gesprochen. Am 11. März 2020 rief die WHO den Pandemiefall aus, eine Woche später, am 18. März, appellierte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer ersten Fernsehansprache: „Es ist ernst. Nehmen Sie es auch ernst.“ Das hätte man besser 78 Tage zuvor schon getan.²⁴

Angesichts der Dramatik der Situation sind natürlich nicht nur medizinische Fragen zu klären, sondern beispielsweise auch die Balance zwischen der Eindämmung der Pandemie einerseits und den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen eines Lockdowns andererseits verbunden mit der Frage, wie lange ein Shutdown vernünftigerweise anhalten sollte. Hier kommt eine zweite wissenschaftliche Institution zum Tragen, die zuvor in der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbekannt war, die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften. Die kurz *Leopoldina* genannte Akademie ist die älteste naturwissenschaftlich - medizinische Gelehrten-gesellschaft im deutschsprachigen Raum und die älteste dauerhaft existierende naturforschende Akademie der Welt.²⁵

Die nach Kaiser Leopold I. benannte Einrichtung wurde 1652 als *Academia Naturae Curiosorum* gegründet und 2008 zur Nationalen Akademie der Wissenschaften unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten ernannt. Die Idee bei der Gründung einer Nationalakademie war die Schaffung einer legitimierten Institution, die unabhängig von wirtschaftlichen oder politischen Interessen wichtige gesellschaftliche Zukunftsthemen wissenschaftlich bearbeitet, die Ergebnisse der Politik und der Öffentlichkeit vermittelt und diese Themen national wie international vertritt. Unter den rund 1.600 Akademiemitgliedern aus über 30 Ländern befinden sich mehr als 170 Nobelpreisträger, darunter beispielsweise Nils Bohr, Carl Bosch, Marie Curie, Albert Einstein, Werner Heisenberg, Sir Andrew Fielding Huxley, Max Planck und Lord Ernest Rutherford.

Während der Pandemie fungiert die Leopoldina als eines von mehreren zentralen wissenschaftlichen Beratungsgremien der Bundesregierung für alle Aspekte zur nachhaltigen Überwindung der Pandemiekrise.²⁶ Exemplarisch hierfür ist die Stellungnahme „Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden vom 13. April 2020.“²⁷

Die Leopoldina hat übrigens schon 2016 eine Neustrukturierung der Krankenhäuser in Deutschland angemahnt, um eine bessere medizinische Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.²⁸ Ebenfalls ein wichtiger Helfer in der Krise sind das Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung und das Paul-Ehrlich-Institut für Impfstoffe und biomedizinische Arzneimittel.²⁹

Bemerkenswert sind die Ergebnisse einer Umfrage mitten in der Krise, nach der sich 90 Prozent der Bevölkerung in Deutschland dauerhaft in der Politik mehr Gehör für Wissenschaftler wünschen.³⁰ Das lässt hoffen, dass die Politik der 2020er rationaler statt emotionaler verläuft.

FAZIT

Die Bundesregierung ist in der Krise gut beraten, ihre politischen Entscheidungen auf nachvollziehbare wissenschaftliche Grundlagen zu stellen. Insbesondere hat es sich bewährt, über die fachliche Beratung durch das Robert-Koch-Institut mit der Leopoldina eine interdisziplinäre Wissenschaftsakademie an der Seite zu haben. Mit diesem Konstrukt ist Deutschland auch für die nächste Katastrophe gut vorbereitet, wobei die fachliche Beratung je nach Lage von anderer Seite zu erfolgen hat, beispielsweise durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) im Falle eines Hackerangriffs auf die IT-Infrastrukturen.³¹

AUSBLICK

Die Katastrophe 2020 wird in die Geschichtsbücher eingehen und noch in Jahrzehnten Gesprächsthema sein. Die Diplomatic Council Analyseserie „Post Corona“ geht den Auswirkungen auf die 2020er Jahre bis 2030 und teilweise darüber hinaus auf unterschiedlichen Feldern nach. Folgende Themen werden in der Reihe abgehandelt:

- Politik
- Erosion des Rechtsstaats
- Gesellschaft
- Wirtschaftskatastrophe
- Totalstopp für das öffentliche Leben
- Internationale Institutionen
- China vs. USA
- Big Step für Big Brother
- Social Distancing
- Welt ohne Bargeld
- Sport ist Mord
- Sternstunde der Logistik
- Gute Zeit für die Umwelt
- Digitalisierung kommt mit Macht
- Medien - Gewinner und Verlierer
- Gefahrenstellen Genetik

Einige Themengebiete sind sehr umfangreich und werden daher in zwei, drei oder vier Analysen aufgeteilt.

Sachliche Anmerkungen, konstruktive Kommentare, Belobigungen und Kritik werden unter analyse@diplomatic-council.org gerne entgegengenommen.

Für alle DC Analysebulletins gilt: Sie sind ausschließlich für die Mitglieder des Diplomatic Council zur Lektüre freigegeben. Die Weitergabe an andere Personen, Unternehmen, Organisationen oder Institutionen oder die Veröffentlichung auch auszugsweise ist strikt untersagt.

QUELLENANGABEN

- 1 WHO (Hrsg.): Pandemic Influenza Risk Management. World Health Organization, Genf 2017, Wilfried Witte: *Tollkirschen und Quarantäne. Die Geschichte der Spanischen Grippe*. Klaus Wagenbach Verlag, Berlin 2009, ISBN 978-3-8031-3628-2, Niall P.A.S. Johnson, Jürgen Müller: *Updating the Accounts: Global Mortality of the 1918-1920 Spanish Influenza Pandemic*. In: *Bulletin of the History of Medicine* 76, 2002, S. 105–115
- 2 <http://www.centre-robert-schuman.org/userfiles/files/REPERES%20-%20Modul%201-1-1%20-%20Notiz%20-%20Bilanz%20in%20Ziffern%20des%20Ersten%20Weltkrieges%20-%20DE.pdf>
- 3 <https://www.who.int/csr/don/archive/disease/plague/en/>
- 4 Quelle: *Der Spiegel*, 17/2020, Das Jahrhundertvirus
- 5 <https://m.faz.net/aktuell/gesellschaft/gesundheit/coronavirus/uni-mediziner-covid-19-kann-graessliche-folgen-haben-16777192.html>
- 6 <https://www.forbes.com/sites/avivahwittenbergcox/2020/04/13/what-do-countries-with-the-best-coronavirus-reponses-have-in-common-women-leaders/#5966b1843dec>
- 7 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/ansprache-der-kanzlerin-1732108>
- 8 <https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/grossbritannien-und-das-coronavirus-mit-boris-johnson-liegt-ein-ganzes-land-auf-der-intensivstation/25723928.html>
- 9 <https://www.merkur.de/politik/corona-usa-donald-trump-news-twitter-aktuell-infektionen-tote-fehler-fallzahlen-hoehepunkt-test-system-zr-13640823.html>
- 10 <https://www.wsws.org/de/articles/2020/03/26/indi-m26.html>
- 11 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/corona-krise-in-russland-wladimir-putin-drueckt-sich-a-f7ec1014-167c-4ca7-ad89-a5f2ff4c5a88>
- 10 <https://www.tagesschau.de/ausland/orban-eu-corona-101.html>
- 11 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/corona-krise-in-israel-benjamin-netanyahu-der-corona-diktator-a-ec6fa9cb-69ff-4abd-b974-fd5f58ed5513>
- 12 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/185/umfrage/todesfaelle-im-strassenverkehr/>
- 13 <https://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/who-statistik-zahl-der-verkehrstoten-weltweit-konstant-a-1058458.html>

- 14 <https://www.news.de/panorama/855429040/pro-sekunde-ereignisse-auf-der-welt/1/>
- 15 <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/gesundheit/coronavirus/zerstoerungswut-von-sars-cov-2-mehr-als-nur-eine-lungenkrankheit-16742701.html>
- 16 <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus207050777/Risikoforschung-Der-voellig-irrationale-Umgang-mit-dem-Coronavirus.html>
- 17 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundeswehr-denkfabrik-covid-19-offenbart-deutschlands-defizite-16711617.html>
- 18 <https://netzpolitik.org/2020/warum-ausgangssperre-und-notstandsgesetze-nichts-miteinander-zu-tun-haben-corona-grundrechtseingriffe/>
- 19 <https://www.deutschlandfunk.de/die-nachrichten.1441.de.html>
- 20 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-krise-und-politische-kommunikation-das-ist-eine-digitale-revolution-a-35b46561-132d-4b63-9f78-5ec576cee0b6>
- 21 https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/Preparedness_Response/Rechtsgrundlagen.html
- 22 <https://www.tagesschau.de/inland/corona-ausbruch-deutschland-rekonstruktion-101.html>
- 23 <https://www.bmbf.de/de/die-akademien-der-wissenschaften-akademienprogramm-418.html>
- 24 <https://www.tagesschau.de/inland/corona-massnahmen-leopoldina-101.html>
- 25 https://www.welt.de/bin/Leopoldina-Corona-Krise_bn-207230477.pdf
- 26 https://www.sueddeutsche.de/gesundheit/medizin-wissenschaftler-halten-1300-kliniken-fuer-ueberfluessig-1.3221646!amp?__twitter_impression=true
- 27 <https://www.helmholtz.de/aktuell/coronavirus-sars-cov-2/>
- 30 <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/corona-lehren-grosse-mehrheit-fordert-dauerhaft-mehr-gehoer-fuer-forscher-a-229585a7-0874-4113-acd0-ab7c4730624e>
- 31 https://www.bsi.bund.de/DE/Home/home_node.html